



Biwöchiger Abonnementshinweis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer
flächentlichen Zelle in Befüllschrift 1½ Sgr.

Nr. 602. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 24. Dezember 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Hamburg, 22. Dez. So eben ist das unter Leitung des Hauptmanns Jesta stehende Bureau zur Anmeldung schleswig-holsteinischer Beurlaubter polizeilich geschlossen und in dem Lokal Haussuchung gehalten worden. (Immer neue und schönere Erfolge des Einrückens der Bundesstruppen.)

Hamburg, 23. Dez. Aus Wandsbeck wird mitgetheilt, daß nach Abzug der dänischen Truppen in der Stadt alsbald deutsche und schleswig-holsteinische Fahnen aufgezogen und die dänischen Insignien entfernt werden sind. Um 1 Uhr wurde der Herzog Friedrich auf dem Marktplatz unter allgemeinem Jubel proclamirt.

Frankfurt a. M., 23. Dez. Der in der heutigen Sitzung des Bundesstages auf Antrag Baierns mit 12 gegen 4 Stimmen gefasste Beschuß geht dahin, daß der betreffende Ausschuß binnen 8 Tagen über die Erfolgsfrage berichten solle.

Kassel, 23. Dez. Die Ständesammlung hat in der heutigen Sitzung eine Adresse einstimmig angenommen, in welcher der Kurfürst erachtet wird, den Herzog Friedrich anzuerkennen und unbirrt durch fremde Einflüsse das gute Recht der Herzogtümer am Bundestage zu wahren. Die Stände wollen alle zur Durchführung einer nationalen Politik erforderlichen Mittel freudig bewilligen.

Bukarest, 22. Dez. In der letzten Kammeröffnung legte der Minister für Cultus ein Project zur Sakularisierung der Klöster in der Moldau und Walachei vor.

Der deutsche Abgeordnetentag.

21. Dezember. Ueber den letzten Theil der Verhandlungen des Abgeordnetentages geben wir noch folgenden ausführlicheren Bericht:

Nach der Rede des Abg. Barth betrat Graf Hegenberg-Dux (Bayern) die Rednerbühne. Der vorliegende Antrag ist durch die Vorredner, die Herren Löwe und Schulze, auf einen Boden gekommen, auf welchen meine Freunde und ich nicht folgen können. In Folge dessen lege ich der Versammlung folgende Erklärung vor:

Die Unterzeichneten sehen sich genötigt, dem Antrage auf Bildung eines Ausschusses gegenüber folgende Erklärung abzugeben: „In Erwägung, daß ein Ausschuß mit beschränktem, streng ausgeschriebenen Wirkungskreise der Bedeutung der Sache und der Versammlung nicht angemessen und den von ihm gegebenen Erwartungen nicht entsprechend sein würde, daß dagegen ein solcher Ausschuß mit weitergehenden Befugnissen oder unbestimmtem Wirkungskreise bei jedem Akte seiner Thätigkeit dem Conflicte mit der bestehenden Gelehrtengabe ausgekehrt ist, daher jedenfalls befürchten läßt, daß die Bildung eines solchen Organs die Interessen Schleswig-Holsteins, deren Wahrung die erste Aufgabe dieser Versammlung ist, weit mehr gefährden, als fördern würde.“

In ferneuer Erwagung, daß bei der Natur der gegenwärtigen Versammlung deren Mitglieder kein Mandat aufzuweisen haben, auch keine Verpflichtung bestehen kann, an der Abstimmung über Beschlüsse Theil zu nehmen, welche der Überzeugung der Unterzeichneten widerstreiten —

aus diesen Gründen erklären die Unterzeichneten jede Beschlussschaffung über einen Antrag auf Bildung eines Ausschusses, entsprechend auch jede Vertretung für die Folgen eines solchen Beschlusses abzulehnen. Frankfurt, 21. Dezember 1863.

v. Lichtenfeld, v. Mühlstädt (Wien), v. Hesse (Darmstadt), Mittnacht (Württemberg), Bomhard (Bayern), v. Gemmingen (Württemberg), Graf v. Hegenberg-Dux, Schäffle, Poezl, Brinz, Graf Beppelin-Alschhausen, Bayrhammer, Frhr. Wilh. Krebs, M. Stenglein, Engert (Bamberg), Frhr. v. Bettef (Bayern), v. Neumayr (Bayern), v. Auer (Bayern), Vermüller (Bayern), v. Wirsching, Dr. Oscar Wächter (Stuttgart), Schuld (Calm), Schneider (Stuttgart), Coel (Würzburg), Schwanderer (Württemberg), und 6 andere.

v. Lichtenfeld. Unter diesen Verhältnissen sehe ich, so lieb mit die Sache Schleswig-Holsteins ist, so gern ich für dasselbe thätig bin, mich genötigt, auf die fernere Mitwirkung in ihrer Versammlung zu verzichten. Der Redner verläßt unter Zeichen der Missbilligung den Stuhl des Vorsitzenden. — Präsident Dr. Müller: Ich bedaure, daß sich die Herren aus Bevörigkeit in der Minorität zu bleiben, der ferneren Thätigkeit in unserer Mitte entziehen. (Mit Hen. v. Lichtenfeld verließen übrigens nur 3 oder 4 Mitglieder den Saal, während die übrigen Unterzeichner auch an den folgenden Abstimmungen teilnahmen).

Dr. Ludwig Seeger (Stuttgart): Geben wir schnell über diesen Misston fort. (Lautes Bravo.) Können wir nichts Besseres im Augenblick thun, so folgt daraus nicht, daß wir gar nichts thun sollen. Wir haben das Wenige zu thun, was in unseren Kräften steht, zu bekämpfen die Feinde Deutschlands im Lande und außerhalb des Landes. (Langdauerndes Bravo.) Weniger kann man nicht verlangen, weniger nicht thun, als einen Mittelpunkt für die Bewegung der Nation zu schaffen. Es ist so weit gekommen in Deutschland, daß das Volk nur zu den wenigsten Regierungen Vertrauen hat. Das ist ein schweres Unglück. Aber es gibt noch ein größeres: daß ein Volk kein Vertrauen zu seinen Vertretern hat. Erfüllen Sie nicht die Forderung des Volkes, daß ein Mittelpunkt geschaffen werde, so weicht das Vertrauen. Sie, meine Herren, sind die Vertrauensmänner des Volkes gewesen, sorgen Sie, daß Sie es bleiben. (Lang andauernder Beifall.)

Dr. Brinz (Prag): Wenn eine große Armee sich in Bewegung setzt, muß sie beisammen bleiben, damit nicht der vorangehende Theil vereinzelt geschieht. Wenn ein Theil der Armee nicht in der Lage ist, vorzuschreiten, sollte der vorwärtsdrängende doch auf ihn Rücksicht nehmen. In dieser Lage scheint mir die Versammlung, die mir ein Elitecorps der großen Armee scheint. Unter den Männern, die gegen den Antrag sind, giebt es solche, die der Freiheit ihrer Länder große und unvergängliche Dienste geleistet. Ich hoffe, daß dieser Zweck nicht tiefer geht. Wir haben in den letzten Wochen eine Bewegung der öffentlichen Meinung erlebt, wie sie noch nicht da war, vergleichbar einer elementaren Kraft, gegen die es keinen Widerstand giebt, vorausgekehrt, daß diese Kraft beisammen bleibt. Hüten wir uns, sie zu zerstören. Es scheint mir, daß der Antrag ein Ventil sei, diese Kraft nutzlos entweichen zu lassen.

Meh: Wenn wir noch so sehr nach Einheit streben, ist doch die Einheit mit Nichts in sich schwächer, als ein energetischer Mehrheitsbeschuß. Wir sind von Nürnberg nicht blos zur Anerkennung der Rechte der Herzogtümer berufen, sondern auch zur Beratung von Mitteln zur Errreichung dieses Ziels. Welch die andere Partei ein anderes, besseres Mittel? Was sind die Einmände gegen einen Centralausschuß? Die Bewegung muß warten, bis Andere, denen wir nicht trauen, die Sache in die Hand nehmten; es sind genug Ausschüsse da“, sagt man. Aber es ist keine Zusammensetzung, keine Spitze da. Wenn wir uns über Nichts, als über eine Revolution einigen, machen wir uns vor dem Auslande lächerlich. — Wir wollen aus dieser Frage kein politisches Kapital schlagen. Wir wollen hierin ehrlich zusammen gehen mit Allen, die ehrlich und thatkräftig vorangehen wollen. Wir unterwerfen uns unbedingt der Mehrheit und haben das Recht, dies von unseren Gegnern zu verlangen. — Gegenwärtige Verbote sollen die Organisation verhindern? Können wir uns um kleinliche Bedenken kümmern, wo es sich um die Rettung taufender tödlich bedrängter Brüder handelt? Was soll diesen eine Resolution? Ich persönlich hätte lieber anstatt des im Antrag befindlichen, mit gesetzlichen Mitteln“ mit „allen Mitteln“ gewünscht. Aber ich habe mich untergeordnet. Zum Schluß erkläre ich, daß ich in dieser Sache lieber als Hochverräther elend verderben will, als in gesetzlicher Feigheit einen Vertrath am Vaterlande begehen. (Bravo.)

Prof. Häußer (Heidelberg): In dem ersten Beschuß ist festgestellt, daß mit allen gesetzlichen Mitteln für Schleswig-Holstein gewirkt werden soll, der zweite Antrag ist die notwendige Folge desselben. Was soll der erste Beschuß für einen Sinn haben, wenn er nicht ausgeführt wird? Die Lage ist ernst, der Bund hat gegen die Herzogtümer gehandelt, die Blüte der deutschen Großmächte sind mehr auf London und Paris, als auf Holstein gerichtet, der Herzog ist noch nicht in seinem Lande. Ist es unter solchen Umständen Zeit möglich zu bleiben? Der Ausschuß könnte weiter geben, aber man weiter geht, müssen die gesetzlichen Mittel erschöpft werden. Fü-

gen wir blos zu den zahlreichen Resolutionen eine neue, so werden wir zu Hause mit Hohn empfangen werden. Die Gefahr ist brennend, und die Versammlung deutscher Volksvertreter sollte sich bedenken, einen Ausschuß zurückzulassen, der ihre Beschlüsse ausführt? (Beifall.)

Präsident Haberhorn aus Sachsen, obwohl er sich nicht von der Nothwendigkeit eines Centralausschusses überzeugen kann, hält es doch für besser, einen geregelten Fluß in die Bewegung zu bringen, als sie vielleicht über die Ufer fließen zu lassen, da das Volk denn doch einmal wolle, daß etwas geschehe. Redner erwähnt sich aber gegen zu weit gehende Agitation des Ausschusses.

Becker (Stuttgart) erinnert an den Auftakt im Vorparlament, als Heder und die Seinen durch die eine Thür hinaus und durch die andere wieder hineinfanden. Lichtenfeld und seine Freunde sollten es eben so machen. (Bravo.)

G. Wiggers (Mendsbury) bestätigt, daß die schleswig-holsteinische Regierung ein deutsches Centralorgan wünsche, ebenso das schleswig-holsteinische Volk. Jetzt ist der Augenblick da, wo dieses Volk sprechen wird. Schon während des Drucks hat es durch Adressen seine Meinung kundgegeben.

Die Meinung, die Berathen zu verbreiten suchen, das schleswig-holsteinische Volk sei zufrieden, ist eine elende Verleumdung. Nie haben wir das deutsche Volk für die an uns begangenen Frevel verantwortlich gemacht.

Die Liebe zu Deutschland kann uns nur mit dem letzten Athemzug geraubt werden. Wir werden sie bewahren, trotz des tiefen Misstrauens, mit dem wir auf die Truppen der Mächte sehen, die einst unsere Hinteren wurden. Stadt für Stadt wird, sowie die Dänen abziehen, sich erheben, den Herzog zum Herrscher auszuufen und ihn aufzufordern, in sein Land zu eilen. Wir hoffen

von dem Chorgesche der deutscher Offiziere, daß sie nicht die Hand bieten werden, die nationale aller Bewegungen zu unterdrücken. Dem deutschen Offizier, der auf die Schleswig-Holsteiner Feuer commandirt, wird die Stimme versagen. Nicht durch Beschlüsse, sondern nur durch deren Ausführung können Sie helfen. Sie müssen eine Repräsentation schaffen; einen Ausschuß, der den Abgeordnetentag vertritt, der ihn wieder einruft zur rechten Zeit. Das wird der Bruststein sein, den Schleswig-Holstein an Sie legt. Nichts wird in dem bevorstehenden Kampfe uns mehr stärken, als dieser Beschuß.

Dr. Löwe rechnet darauf, daß auch die gegen den Antrag Stimmenden, mit Ausnahme der drei oder vier, die aus der Verhandlung ausgeschieden sind, sich ferner als Mitglieder der Versammlung betrachten, — noch mehr, daß, wie schon im Verlauf der Debatte von Einigen geschehen, auch andere ihren Namen unter dem verzeichneten Protest wieder streichen werden. Er hofft dies um so mehr, da ja der ganze Meinungsunterschied kein wesentlicher principieller, sondern nur aus „Sachmächtigkeitsgründen“ herorgegangen sei. Redner widerlegt darauf nochmals alle gegen den Antrag vorgebrachten Gründe.

Der Antrag von Barth und Genossen (Bildung eines Centralausschusses) wird darauf fast einstimmig unter dem donnernden Beifall der Versammlung angenommen. Rufe nach Gegenprobe werden als unnötig und für die wenigen Dissidenten peinlich zurückgewiesen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden tritt hierauf Bertagung bis 4 Uhr ein, die dazu benutzt werden soll, sich über die Persönlichkeiten der in den Ausschuß zu Wählenden zu verständigen.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen schlägt das Bureau in Verbindung mit der Vorberatungs-Commission für den Ausschuß folgende Abgeordnete vor, welche das Recht haben, sich durch Cooptation, möglichst nach Ländern, zu vervollständigen: Ludwig Seger (Württemberg); Häußer, Bluntschli (Baden); Sigm. Müller, Dr. G. Barrentrop (Frankfurt); Dr. Lang (Nassau); Nebelthau (Kassel); Meß (Darmstadt); Fries (Hannover); Streit (Rokub); Henneberg (Gotha); v. Bennigsen, Michael (Hannover); Bieweg (Braunschweig); D. Pfeifer (Bremen); Godeffroy (Hamburg); Wiggers (Holstein); Haberhorn, Mamm (Sachsen); Barth, Höld, Wölff, Crämmer, Läufel (Bayern); Reichbauer, Fleck, Große (Österreich); v. Unruh, Löwe, Schulze-Delitzsch, Franz Dunder, von Hobernd, Tweten, Pauli und Sybel (Preußen).

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig genehmigt. Es liegt noch ein Antrag von Kolb und Genossen auf Herstellung eines Parlaments vor. Der Antrag lautet:

Die Versammlung, im besondern Hinblick auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit, hält es für Pflicht, für das wohlgegrundete, unter den vorliegenden Umständen nicht länger abweisbare Recht der deutschen Nation auf eine allgemeine Volksvertretung — Parlament — und für die Nothwendigkeit baldiger Herstellung eines solchen sich feierlich auszusprechenden, Kolb, Dr. Karl Barth, Feuer, Dr. Lang (Nassau), Franz Mamm, Dr. Jos. Wölf, Dr. Mara, Barth, Meß von Darmstadt, Dr. S. Müller, C. Crämer, R. Christmann, Streit, Fries, Dr. Heyner.“

Seeger schlägt hierbei Abstimmung ohne Discussion vor. Der Antrag wird mit beinahe vollständiger Einstimmigkeit angenommen. (Große Acclamation.)

Präsident Dr. Müller hält zum Schluß, daß die heutigen Beschlüsse an geeigneter Stelle gehobt werden, und daß dem Ausschuß die energischste Mitwirkung der Abgeordneten und der Nation gesichert bleibe. Schleswig-Holstein soll von der Tagesordnung der deutschen Nation nicht verschwinden, bevor diese Frage ehrenvoll gelöst ist. Die Versammlung wird unter einem dreifachen stürmischen Hoch auf das Vaterland geschlossen.

Am Abend fand noch eine gesellige Vereinigung der Abgeordneten im Saalbau statt. Es wurde u. A. Herrn Grabow ein telegraphischer Gruß überbracht. Das frankfurter Lokalcomitee hatte eine Statistik der anwesenden Abgeordneten nach Ländern entworfen, welche mitgetheilt wurde. Nach derselben waren 492 Abgeordnete anwesend, darunter aus Österreich 10, Preußen 47, Bayern 109, Sachsen 10, Hannover 9, Württemberg 49, Darmstadt 42, Baden 43, Frankfurt 70, Coburg und Gotha 10, Nassau 21, Waldeck 1, Weimar 6, Bremen 8, Oldenburg 5, Schleswig-Holstein 4, Braunschweig 6, Hamburg 8, Kurhessen 32, Reuß-Greiz jüngere Linie 1, Rudolstadt 1. Aus Baden waren auch 5 und aus Nassau 3 Mitglieder der ersten Kammer erschienen.

Preußen.

Berlin, 23. Dez. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allgemein geruhet: Den im Riesort der landwirthschaftlichen Verwaltung beauftragten Regierungs-Assessor von Mellenthin zu Stettin zum Regierungs-Rath zu ernennen.

Der bisherige Staatsanwalt Meyen und der Gerichts-Assessor Mundt hierfür sind zu Rechtsanwälten bei dem hiesigen Stadtgericht und zugleich zu Notaren im Departement des Kammergerichts mit Anweisung ihres Wohnsitzes hierfür, der z. Z. Meilen zugleich mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Titels „Staatsanwalt“ fortan den Titel „Justizrat“ zu führen.

Ihre königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen und Höchster Kinder, die Prinzen Friedrich Wilhelm und Heinrich und die Prinzessin Charlotte, königl. Hoheiten, sind aus Carlshafen angekommen.

[Das Befinden des Königs.] Nachdem Se. Majestät der König von dem mehrtägigen Unwohlsein beinahe hergestellt und die rheumatischen Beschwerden fast verschwunden sind, empfingen Allerhöchsteselben um 1 Uhr den Vortrag des Civilcabinets und später den des Ministerpräsidenten von Bismarck. Ausgefahrene sind Se. Majestät heute noch nicht.

[Auf die Antwort des Königs] auf die Adresse des Abgeordnetenhauses ist man um so mehr gespannt, als die Adresse die volle Zustimmung einzelner hoher Personen gefunden haben soll. Nach der Antwort würde sich u. A. der Einfluß dieser in jüngster Zeit zum Theil wieder vielfach und namentlich als Gegner des Hrn. v. Bismarck genannten Persönlichkeiten bemessen lassen.

[Prof. Schubert], bisher Mitglied des Abgeordnetenhauses, ist als Vertreter der Universität Königsberg ins Herrenhaus berufen worden.

[Der Ministerpräsident v. Bismarck] arbeitete gestern längere Zeit mit den Botschaftern Englands und Frankreichs und mit dem Gesandten Österreichs. Am Abend empfing der Ministerpräsident den aus Kopenhagen angekommenen General Fleury und später abermals den Gesandten Österreichs Grafen Caroly.

[Folgendes Präfaz:] bringt heute die „Kreuzzeitung“: „Das bildet sich Herr Hall doch ja nicht ein, daß die deutsche Exekution ihm auch nur ein Pünktlein des Bundes belassen werde. Alles wird besetzt, und zwar so stark, daß für jede Eventualität Sicherheit vorhanden ist; auch bleibt Alles besetzt, bis — abgesehen noch von der Entscheidung über die Erfolgsfrage — Dänemark bis aufs Iz die gerechten Forderungen des Bundes erfüllt, Garantien für die Zukunft gegeben und die Kosten des Verfahrens übernommen hat, das es durch seinen schmäleren Wort- und Vertragsbruch notwendig gemacht. Von einem anderen Plane kann unseres Erachtens auch nicht einmal die Rede sein. Garantien von Dänemark! Welche Lächerlichkeit! Als wenn Dänemark nach Abzug der Bundesstruppen nicht sofort Alles wieder von Born anfangen würde.“

Stettin, 21. Dez. [Beschlußnahm.] Gestern wurden die in den hiesigen öffentlichen Lokalen vorgefundene Exemplare der Nr. 590 der „Pomm.“ mit Beschlag belegt. Diese Mahrorel soll gegen einiger in dem „Die Adresse“ überschriebenen Leitartikel enthalten, auf die Politik der beiden deutschen Großmächte und des Ministerpräsidenten v. Bismarck Bezug habenden Äußerungen erfolgt sein. (P. 3.)

Posen, 23. Dez. [Gegen die Untersuchungs-Commission des Abgeordnetenhauses.] Einem Theile der hiesigen Militärbeamten ist die Anweisung ertheilt worden, daß sie im Falle auf Anordnung der Untersuchungscommission des Abgeordnetenhauses bei ihnen irgendwelche Nachfragen über Vorgänge bei den letzten Wahlen angestellt würden, jede Auskunft verweigern und erklären sollten, daß sie zur Beantwortung solcher Fragen nur ihren militärischen Vorgesetzten gegenüber verpflichtet wären. (Ostd. 3.)

Gießen, 22. Dez. Bei der heutigen Nachwahl eines Abgeordneten erhielt von 386 Stimmen Herr Ignaz Danielowski aus Kulm 373, Herr Oberpräsident Horn 11 und Herr Kreisgerichts-Direktor Schwede 2 Stimmen. Die Wahl war um 1½ Uhr Mittags beendet. (Pos. 3.)

Deutschland.

München, 20. Dez. [Die Ovation für den König.] Der Herzog von Augustenburg. — Freiherr v. Beust.] Die Ovation, welche heute Vormittags dem König aus Anlaß der durch das allerhöchste Handschreiben bekannt gewordene Entschließungen in der schleswig-holsteinischen Sache von der Bevölkerung Münchens gebracht wurde, war wirklich eben so großartig als erhebend. Gegen 11 Uhr füllte sich der Residenzplatz mit einer immer dichter sich drängenden Menge, die, als der König das Fenster öffnete, in viertausendstimmige Hochrufe ausbrach, und diese dauerten ununterbrochen in stets gleicher Stärke fort, so lange der Monarch, die Hand zum Herzen führend und mit der anderen freundlich herabgrüßend und sich verneigend, am Fenster verweilte. Dieselben nicht enden wollenden freudigen Zurufe tönten dann abermals zum König empor, und wurden in gleicher Weise und durch Winken mit dem Taschentuch erwiedert, als an der Spitze des Hilfscomite's für Schleswig-Holstein der ehrwürdige Veteran, Geh. Rath v. Ringseis, mit kräftiger, weithin vernehmbarer Stimme die Worte hinaufstieß: „Dem erlauchten Kämpfer für das heilige Recht, dem hochherigen Schirmer der Ehre Deutschlands ein donnerndes Hoch!“ Nachdem Se. Majestät sichtlich tief gerührt sich vom Fenster entfernt hatte, zerstreute sich die ungeheure Menschenmenge wieder, deren ganze Haltung den Beweis lieferte, daß dieser Ausdruck ihre Gefühle für den Monarchen jedem aus dem Herzen gekommen war. — Der Herzog Friedrich von Augustenburg ist bereits gestern Abends um 6 Uhr von hier abgereist, nachdem er im Laufe des Tages von dem König empfangen worden war, und darauf noch eine längere Besprechung mit dem Generaladjutanten des Königs, General

Berlangen abgewiesen. Auf die Frage nach dem Motiv und dem Rechts-titel des Einschreitens wurde ihnen entgegnet: der österreichische General habe erklärt, er werde die Vornahme der Exercier-Uebungen nicht dulden, dieselben seinerseits inhibiren, wenn es nicht von der Polizei geschehe, und nöthigenfalls dreinschießen. Der Vorsteher der vorstädtschen Polizei wünschte diese Auskunft als eine vertrauliche betrachtet. Die Mitglieder des Comite's erklärten ihm jedoch sofort, daß sie diesen Wunsch nicht befolgen, im Gegenthil von der Auskunft jeden ihnen passenden scheinenden Gebrauch machen würden. (Die Geschichte von 1851 wiederholt sich; Schleswig-Holstein wird an Dänemark verrathen.) (N. 3.)

Dänemark.

* ** Kopenhagen, 21. Dez. [Christian IX. von Nassau, England, Frankreich und Schweden-Norwegen anerkannt. — Dänenfreundliche Demonstrationen in Christiania. — Der französische Einfluß in Kopenhagen. — Aufrichthaltung der holsteinischen Regierung und gezwungene Belassung vieler holsteinischer Beamten im Dienste. — Färmmerliches Auftreten hiesiger Deutschen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit.] Der dänische König hat die ordentlichen und außerordentlichen Vertreter des Kaisers von Russland, der Königin von England, des Kaisers von Frankreich und des Königs von Schweden-Norwegen empfangen und zur königlichen Tafel gezogen. König Christian empfing bei dieser Gelegenheit im Namen der Königin Victoria und der drei außerdem genannten Fürsten aus den Händen der betreffenden außerordentlichen Gesandten eigenhändig die Urkunden der Beleidigungsbücher. — Wie ich aus sehr verlässlicher Quelle erfahre, soll der schon gestern, wie man sagt, zu folge telegraphischer Befehle aus Paris, nach Frankreich zurückgereiste außerordentliche Gesandte des Kaisers der Franzosen, General Fleury, theils dem König, theils dem Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Hall, rücksichtlich der Stellung Frankreichs zu einem etwaigen deutsch-dänischen Kriege sehr wichtige Entwicklungen gemacht haben. Frankreich würde, so wird mir berichtet, erst nach erfolgter Kriegserklärung Partei ergreifen und dann, falls dessen Vermittelungsvorschläge an Deutschland sich als resultlos erweisen sollten, eine inzwischen organisierte französische Armee den Rhein überschreiten lassen. Freilich klingt diese Meldung auch in meinen Ohren etwas unwahrscheinlich, da an Frankreichs Finanzen, wie allbekannt, zur Zeit mehrere Blutegel saugen; allein auf der anderen Seite spricht der Umstand für die Richtigkeit jener Meldung, daß der hiesige ordentliche französische Gesandte, Mr. Dotzec, nach mehrmonatiger Pause jetzt wiederum, wie es in früheren Zeiten der Fall war, tagtäglich in den Gemächern des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu erkennen ist und in Gemeinschaft mit seinem außerordentlichen Collegen, dem General Fleury, zu wiederholtenmalen mit dem hiesigen schwedisch-norwegischen Gesandten, Grafen Henning Hamilton, Unterredungen hatte. — In Christiania entwickelt sich seit gestern ein bis dahin ungekanntes Interesse für die dänische Sache. Vorgestern erlebten die meisten Lehrer der dortigen Universität, Advokaten, Kaufleute und Studenten eine Aufforderung zur Abhaltung einer Volksversammlung in der dänischen Frage. Diese Versammlung hat denn nun auch richtig gestern in Christiania stattgefunden und erfahre ich über deren Verlauf auf telegraphischem Wege Folgendes: Die Volks-Versammlung war sehr zahlreich besucht und waren Angehörige aller Gesellschaftsklassen erschienen. Nach mehreren umständlichen Reden von Trägern der skandinavischen Idee, die von Schimpfereien über deutsche Erbregungsliste überströmten, wurde schließlich eine Adresse des Inhalts an den König von Schweden-Norwegen beschlossen, daß König Karl für Dänemark sofort Partei ergreifen möge und daß er sich in diesem Falle auf die Opferwilligkeit und sonstige Thatkraft der Einwohnerchaft der norwegischen Hauptstadt stützen könne. — In hiesigen Regierungskreisen glaubt man fest daran, daß es dem gegenwärtigen Ministerium gelingen werde, ungeachtet des baldigen Erscheinens der deutschen Bundescommissäre in Holstein die sogen. könig. holsteinische Regierung zu Plön in Thätigkeit bleiben zu lassen. Das wäre denn aber doch wirklich ein Bischen zu stark, wenn die Bundescommissäre darauf eingingen! — Es mag in Deutschland vielleicht Manchem unerklärliech erscheinen sein, daß das dänische Ministerium in Unbetracht seiner allbekannten grenzenlosen Willkür unter den eidverweigernden Beamten des Herzogthums Holstein nicht stärker aufräumte, als bis jetzt geschehen ist. Hier den näheren Aufschluß: die auf einen friedlichen Ausgang des deutsch-dänischen Conflicts hinstrebenden hiesigen Vertreter Russlands und Englands haben die entsprechende „edle“ Absicht des Ministeriums Hall im Keime erstickt. — Wer in Kopenhagen lebt, der weiß, wie selten die hier lebenden Tausende von Deutschen, sei es nun in gesellschaftlichen oder in politischen Angelegenheiten mit einander in Einklang stehen. Nicht einmal das Schillerfest wurde hier im November 1859 anständig gefeiert. Das aber 15 hier ansäßige Deutsche die Stirn haben würden, durch die heutige amtliche „Berlingske Tidende“ zur Unterstützung der „für die nationale Sache ausziehenden dänischen Krieger“ einen „Aufruf an die in Dänemark eingebürgerten und ansässigen Deutschen“ zu erlassen, übersteigt denn doch wohl die Grenzen der Menschlichkeit. Hier deshalb die Namen dieser Deutschen, welche sich zu Werkzeugen der dänischen Gewaltshaber erniedrigten; sie lauten: Großhändler J. Menne, Mechanicus J. G. A. Eichhoff, Großhändler Carl Methling, Buchbindermeister F. A. Brede, Korbmachermeister R. Bengler, Nadlermeister G. Lössl, Buchbindermeister A. Bobe, Zimmermeister C. G. Lendorf, Weinhandler Wilhelm Schreiber, Posamentier C. Leonhard, Barbier H. Kowes, Sprachlehrer Chr. Beissel, Schneidermeister P. H. Kessel, Tricotagefabrikant W. Neubert und Kaufmann Carl B. Lohrer.

Nußland.

Unruhen in Polen.

Warschau, 22. Dezbr. [Offizielle Verdächtigung der Breslauer Zeitung und Widerlegung. — Executionen. Attentat. — Gefechte.] Die gestrige Nummer des „Dien. Pow.“, die ich weiß nicht warum, erst heute früh den Abonnenten zugekommen ist, enthält Folgendes: „Die „Patrie“ vom 17. d. bringt wiederum ein aus der polnischen Telegrammen-Fabrik hervorgegangenes Telegramm, der Breslauer Zeitung entnommen, einer Quelle, deren Glaubwürdigkeit mehr als verdächtig ist, in welchem es heißt, daß General Berg bei Auferlegung der Contribution von 12% auf die katholische Geistlichkeit als Ursache den Umstand angab, daß die Geistlichkeit bei dem Werke der Beruhigung der Gemüther ihm nicht zu Hilfe komme. Das Telegramm fügt hinzu, daß sogar den katholischen Schulen und Hospitälern die Contribution auferlegt sei. Der Text der Verordnung wird die „Patrie“ überzeugt haben, daß dieses Telegramm vom Anfang bis zu Ende falsch ist. Nur die Nachricht in Betreff der Contribution ist wahr, die Ursachen aber, welche die Verordnung hervorgerufen haben, sind ganz andere.“ Ich würde die Lefer nicht zu Zeugen eines Streits mit dem „wahrheitsliegenden“ „Dziennik“ gemacht haben, wenn er nicht die Glaubwürdigkeit der Breslauer Zeitung verdächtigt hätte. Das aber bin ich nicht gewillt, dem würdigen Blatte nachzusehen. Die Angabe, daß auch katholische Schulen und Hospi-

täler contributionspflichtig sind, war in der That insofern unrichtig, als diejenigen Fonds, welche der Staats-Schatz der Geistlichkeit zu diesem Behufe anweist, davon ausgenommen sind, wohlgemerkt aber nicht diejenigen Fonds, welche die Geistlichkeit selbstständig zu diesen Zwecken besitzt. Meine erste eilige Mittheilung hatte es übersehen, diese (im Grunde genommen sehr unweisenliche) Ausnahme anzugeben. Im darauf folgenden Briefe aber habe ich es berichtigt. Das aber der „Dziennik“ die angegebene Ursache leugnet, ist in der That sehr stark. Ich gebe die Einleitung der Verordnung in wörtlicher Uebersetzung, und die Lefer mögen urtheilen, ob der „Dziennik“ zu einem solchen mehr als kühnen Dementi berechtigt ist und ob er in seiner gewissenhaften Wahrheitsliebe es wagen darf, die Breslauer Zeitung in ihrer Glaubwürdigkeit zu verdächtigen. Die Einleitung lautet: „In Erwähnung, daß die Geistlichkeit katholischer Confession (lateinischen Ritus) im Königreich Polen nicht beiträgt zur Verhüting der Bevölkerung des Landes, sondern vielmehr durch ihre Beiträge dieselbe in schlechter Gesinnung (usposobenie) gegen die rechtmäßige Regierung erhält, daß es demnach billig ist, daß sie aus ihren Fonds die Mittel verstärkt, die auf Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe zielen, habe ich beschlossen, dieser Geistlichkeit für die Dauer des Kriegszustandes eine Contribution in Geld laut untenstehenden Grundsätzen aufzuerlegen.“ — Der „Ezaz“ und ähnliche Gegner des „Dziennik“ dürften dem letzteren für dieses Dementi dankbar sein, da er dadurch die Glaubwürdigkeit seiner andern Dementi's gründlich blamiert hat. — Ich meinerseits nehme es dem „Dziennik“ nicht mehr übel, wenn er so manches behauptet, von dessen Gegenthil die ganze Bevölkerung Warschau's überzeugt ist; wenn er z. B. versichert, daß in der Citadelle keine Tortur angewendet wird, daß die öffentlichen Lokale zum Abonnement auf den „Dziennik“ nicht polizeilich angehalten werden u. dgl. mehr; ich nehme es dem Blatte nicht mehr übel, denn die Einfalt des erwähnten Dementi zeigt eben, daß es — einfältig ist. — Nachträglich melde ich aus dem gestrigen „Dziennik“, daß in Wielun Szuster-Szusterki, ein österreichischer Unterthan, als revolutionärer Kreischef dort erhängt und daß der Artillerist Sazonoff und der Kosak Konkon für den Übergang zu den Insurgenten erschossen wurden. — Es wird versichert, daß von Petersburg der Befehl gekommen sei, wonach jedes politische Todesurtheil der Kriegsgerichte von nun an nach Petersburg zur Bestätigung geschickt werden muß. Ein Adjutant des Generals Berg soll bereits einige solche Urtheile nach Petersburg zur Bestätigung gebracht haben, worunter auch das des Grafen Stanislaus Zamojski sich befinden soll. — Heute Mittag ist auf einen Offizier vor der Kreuzkirche in der Krakauer Vorstadt ein Attentat versucht worden, wobei derselbe eine Wunde erhalten hat. Näheres ist noch unbekannt. — Der soeben angekommene heutige „Dziennik“ berichtet von Kämpfen bei Ilza, welche mehrere Tage dauert haben. Die Kämpfe scheinen jedenfalls sehr blutig gewesen zu sein, wenn auch die eigenen Worte des „Dziennik“ hinlänglich zeigen, daß die Siege der Russen nicht so gar glänzend waren, wie er sie schildert.

Breslau, 24. Dezbr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Seminar-Gasse Nr. 6 ein großer roth-, braun- und schwarzgefiedeter Cochinchinahahn und eine große gelbfiederte Henne; Bahnhofstraße Nr. 4 fünf Flaschen Chamagner und eine Flasche Rhémine; Flurstraße Nr. 8 ein graumiliterter Valetot mit schwarzem Futter. Verloren wurde: ein Gefindienbuch, lautend auf Amalie Schilling. [Gewaltfahne Einbrüche.] In der Nacht vom 21ten zum 22ten d. versuchten Diebe in das Oderstr. Nr. 1 belegene Verkaufsstall des Schnittwaren-Händlers W. einzudringen, indem sie aus der nach dem Hausflur führenden Eingangstür das linksseitige untere Feld heraus gestemmt hatten; ein vor der Thür im Innern des Ladens aufgestelltes Repostitorium, welches die Diebe nicht hatten befeitigen können, verhinderte sie indeß, in das Gemüse einzudringen, und konnten sie deshalb nur die zunächst der Thür aufgelagerten Waaren ergreifen, und sind sie mit denselben auch glücklich entkommen. Die gestohlenen Sachen, welche einen Wert von circa 95% Thaler haben, sind folgende: $\frac{1}{2}$ Stück brauner Kleinkarrier Parchent, $\frac{1}{2}$ Stück brauner großkarrier Parchent, 1 Stück blauer Parchent, 1 Stück gebleichter und 1 Stück ungebleichter Parchent, 1 Stück roth- und schwarzschmalgezestreift Pianell, ein abgepakt Pianellrock, oben grau, unten breit, roth- und schwarzgezestreift, 1 Packt Pique, $\frac{1}{2}$ Stück Mangelhandtuch, 3 Dutzend leinene Taschentücher und ein Packt mit großen doppelten wollenen Umschlagtüchern, weiß und braun großkarrier, und weiß und schwarzkleinkarrier mit lila Kante. — In derselben Nacht sind Diebe in den Stadtgasse Nr. 10 belegenen Verkaufsstall, mittels gewaltsamen Einbrechens der nach der Stache zu belegenen Eingangstür eingedrungen und haben mehrere Paar neuwebete und befohlte Stiefeln und einige Paar bereits getragene Schuhe gestohlen. (Pol.-Bl.)

Breslau, 24. Dez. [Ergreifung des Löwenberg.] Gestern Abend in der 10. Stunde ist es gelungen, den mit Närger in Striegau vor einigen Wochen entsprungenen Löwenberg einzufangen und wieder unter Schloß und Riegel zu bringen. Er hatte, wie vermutet wird, mit dem gleichfalls entsprungenen Krause in einem hiesigen Restaurations-Lokale gesessen und dort lustig und guter Dinge gezecht, was der Polizeibehörde von Personen, die die beiden Verbrecher persönlich kannten, verrathen worden war, so daß sie sofort eine Revision des Lokals vornahm. Krause hatte sich schon früher entfernt; der Löwenberg ergriff im Augenblick der Ankunft des Polizeibeamten die Flucht und lief auf den Blücherplatz zu. Es entstand nun die Verfolgung sowohl durch die Polizeibeamten wie auch durch das Publikum, wobei Löwenberg ein Doppelzerol aus der Tasche zog, beide Läufe desselben feuerte und auch dadurch mehrere Personen verwundete. Es war dies aber, anstatt seine Flucht zu erleichtern, gerade die Veranlassung zu der sehr baldigen Festnahme des Verbrechers, indem sich von diesem Augenblicke an, alles was Beine hatte, auf die Habhaftwerbung verbiß, diese auch auf dem Blücherplatz ausführte, und von dort aus, von vielen Händen festgehalten, wurde er auf die Polizeiwache transportirt. Es fanden sich dort noch verschiedene Gegenstände, die sich der Verbrecher in der kurzen Zeit besorgt hatte, um immer wieder neue Verbrechen zu begehen. Auf der Polizeiwache ward er segleich fest geschlossen und dann weiter in das Polizeigefängnis abgeführt. Das Terzerol, welches bei der Verfolgung verloren oder auch von Löwenberg weggeworfen worden war, ward kurz darauf von Civil-Personen gefunden und abgeliefert. — Die beiden Verbrechten sind der Maurergeselle Knollmeyer, der auf der Kirchstraße Nr. 20 2 Stiegen wohnt, und in die Brust geschossen wurde, so daß seine sofortige Unterbringung im Hospital erfolgen mußte, und der Maurergeselle Hugo Hoffmeister, der bei seiner auf der Kirchstraße wohnenden Mutter sich in Pflege befindet, er ist in den rechten Arm zweimal geschossen, doch scheint die Verlegung ebenso wie bei dem anderen nicht gefährlich zu sein, wie bereits ärztliches Gutachten festgestellt hat. Das Doppel-Terzerol war mit Schrot geladen. Man spricht auch von der Verlegung einer dritten Person.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 9 Grd. in Meter über dem Meeresspiegel.	Baro- rometer vorher aus der Luft nach Raumur.	Luft- temperatur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 23. Dez. 10 U. Ab.	328,25	+1,0	S. 3.	Bedeckt.
24. Dezbr. 6 U. Mrg.	326,18	+2,0	SW. 3.	Bedeckt.

Breslau, 24. Dez. [Wasserstand.] D. p. 15 f. 7 g. u. p. 2 f. 10 g.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Wien, 23. Dezbr., Nachm. 12½ Uhr. Gute Stimmung, 5prozentige Metalliques 72, 90. 4½ proz. Metalliques 64. — 1854er Loose 92, 50. Bank-Aktien 785. — Nordbahn 174, 20. National-Anlehen 80, 30. Credit-Aktien 184. — Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 187. — London 117, 80. Hamburg 89. — Paris 46, 40. Gold — Böhmisches Eisenbahn 155. — Neue Loose 141. — 1860er Loose 92, 60. Lomb. Eisenbahn 250. —

Frankfurt a. M., 23. Dez., Nachm. 2½ Uhr. Österreichische Eisenbahn-matter Böhmisches Eisenbahn — Finnlandische Anteile 88%. —

Schluß-Course: Ludwigsh. Verba 140. Wiener Wedel 97½. Darmst. Bank-Aktien 215. Darmst. Bettel-Bank 248½. Spiz. Metalliques 58%. 4½ proz. Metall. 51%. — 1854er Loose 74%. — Österreich. National-Anteile 64½. Österreich. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien. — Österreich. Bantanteile 770. Österreich. Credit-Aktien 176%. — Neueste Österreich. Anteile 77%. Österreich. Elisabethbahn. — Aebe-Nabebahn 25%. — Habsburg. Eisenbahn 122½.

Hamburg, 23. Dezbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Die Börse war wegen der politischen Lage und wegen fast gänzlicher Unterbrechung des telegraphischen Verkehrs nach allen Seiten hin sehr geschäftlos und nominell. Wetter unangenehm, Schnee, Regen, Sturm. Schluß-Course: National-Anl. — Österreich. Credit-Aktien 74%. — Vereinsbank. — Norddeutsche Bank 102½. Rheinische — Nordbahn. — Disconto. —

Hamburg, 23. Dez. [Getreidemarkt] geschäftlos und unverändert. Del loco und pr. Dez. 23½—23%, pr. Mai 21%.

Berliner Börse vom 23. Dezember 1863.

Fonds- und Gold-Course.

Fonds.	Gold.	1861	1862	Zf.
Frei. Staats-Anl. 14%	99½ B.	—	—	
Staats-Anl. von 1859 10%	bz.	—	—	
dito 1859 62½	94½ B.	—	—	
dito 1864 49	99½ B.	—	—	
dito 1865 47	99½ B.	—	—	
dito 1866 47	99½ B.	—	—	
dito 1867 47	99½ B.	—	—	
dito 1868 47	99½ B.	—	—	
dito 1869 47	94½ B.	—	—	
Staats-Schuldscheine 37	97½ B.	—	—	
Präm. Anl. von 1856 14	120 B.	—	—	
Berliner Stadt-Obl. 47	99½ B.	—	—	
Kur.-u. Neumärk. 34	88 B.	—	—	
Pommersche 34	87½ G.	—	—	
Posensche 4	—	—	—	
dito none 34	93½ B.	—	—	
Schlesische 34	92½ B.	—	—	
Kur.-u. Neumärk. 4	99½ B.	—	—	
Pommersche 4	93½ B.	—	—	
Preussische 4	95½ B.	—	—	
Westph. u. Rhein. 4	95½ B.	—	—	
Sachsenische 4	96 B.	—	—	
Louisd'or 100% bz.	100 B.	83½ B.	83½ B.	
Goldkronen 9½ B.	Poln. Bankn. 86½ G.	—	—	

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Eisenbahn.	Dividende prc
------------	---------------